

Bez



ver.di • Postfach 10 10 45 • 70009 Stuttgart

**Fachbereich 2
Ver- und Entsorgung**

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

**Landesbezirk
Baden-Württemberg**

Theodor-Heuss-Straße 2 / Haus 1
70174 Stuttgart

**Bodo Moray
Landesfachbereichsleiter**

Telefon: 0711/88788-7
Durchwahl: -0200
Telefax: -0209

bodo.moray@verdi.de
www.verdi.de

**Stadtwerksgründung Stuttgart
Positionierung des ver.di Landesfachbereichs
Ver- und Entsorgung Baden-Württemberg**

Datum 11. Juli 2012
Ihre Zeichen
Unsere Zeichen mo/ma

vielen Dank für Ihre Nachricht und die Möglichkeit, stellvertretend für den ver.di Landesfachbereich Ver- und Entsorgung Baden-Württemberg unsere Sichtweise und Stellungnahme zum Thema Gründung Stadtwerke Stuttgart darzulegen.

An dieser Stelle möchte ich der guten Ordnung halber erwähnen, dass ich seit dem Jahr 2010 in meiner Funktion als Landesfachbereichsleiter funktionsgebunden Mitglied im Aufsichtsrat der EnBW AG bin und zuvor ebenfalls funktionsgebunden Mitglied des Aufsichtsrates der MVV Energie AG war. Zu meinem Verantwortungsbereich gehört neben dem Bereich der privaten Energiewirtschaft auch der Bereich der Stadtwerke in Baden-Württemberg. Ferner bin ich auch verantwortlich für den Bereich der Entsorgungs- und Wasserwirtschaft in Baden-Württemberg. Zu meinem Team gehören zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der ver.di Bezirke. Für einen besseren Überblick habe ich mir erlaubt, Ihnen ein Organigramm des gesamten ver.di Landesbezirks Baden-Württemberg sowie ein Organigramm des Fachbereiches Ver- und Entsorgung beizufügen.

Vor dem Hintergrund der Energiewende möchte ich ein wenig weiter ausholen, um danach konkret auf die laufenden Aktivitäten und aktuellen Überlegungen der Landeshauptstadt, ihre neu gegründeten eigenen Stadtwerke inhaltlich zu gestalten und im Wettbewerb zu positionieren, einzugehen.

Die Stadt wie auch die Region Stuttgart gehören zu den wirtschaftsstärksten Regionen Deutschlands. Um diesen herausragenden Status auch für die Zukunft und damit auch künftige Beschäftigung und künftigen Wohlstand zu sichern, ist eine reibungslose Energieversorgung unabdingbar. Neben der Versorgungssicherheit werden heute wie auch in Zukunft die Energiepreise ein entscheidender Wirtschafts- und damit auch Standortfaktor sein.

Bankverbindung:
SEB Bank AG Stuttgart
Konto 10 720 078 00
BLZ 600 101 11



Fachbereich 2
Ver- und Entsorgung

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirk
Baden-Württemberg

Auch die Interessen der Bürgerinnen und Bürgern an angemessenen energie-wirtschaftlichen Preisen im Sinne des Gemeinwohls sind ein wichtiger Standortfaktor für die Menschen dieser Stadt und dieser Region.

Im Zuge der Neuausrichtung der Energiepolitik in Deutschland wie auch in Baden-Württemberg im Kontext der Energiewende sind hierzu immense Anstrengungen notwendig, um den Ausbau der Energieinfrastruktur unter Beibehaltung eines akzeptablen Preisniveaus zu schaffen. Die Schätzungen der Experten gehen beim einen wie beim anderen Punkt sehr weit auseinander, ganz gleich, ob es um den Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze, die Ausgestaltung des Energiemarkts mit den Marktmechanismen oder auch die Subventionierung konventioneller bzw. erneuerbarer Erzeugungsarten geht.

Baden-Württemberg hat bedingt durch die Historie wie auch seine geographische Lage mit einigen Nachteilen zu kämpfen. Denn mangels anderer, fossiler Rohstoffvorkommen wurde lange auf Kernenergie gesetzt. Ebenso ist die Versorgungssituation im Bereich Erdgas mit Abhängigkeiten verbunden. Diese politischen Entscheidungen der Vergangenheit haben die Beschäftigten und die damaligen Eigentümer der Unternehmen mitgetragen und letztlich auch so zum wirtschaftlichen Erfolg unserer Wirtschaftsregion in und um Stuttgart in besonderer Weise beigetragen. Energiepolitik ist auch immer Wirtschafts- und Standortpolitik, sie kann fördern und fordern, sie kann aber auch Probleme verstärken und ehemals lukrative Standorte schwächen. Ein Beispiel der vergangenen Jahre ist z.B. die sehr energieintensive Aluminiumindustrie.

Die Debatten der vergangenen Jahre haben m.E. gezeigt, wie wichtig der Standort Deutschland als Wirtschafts- und nicht nur als Dienstleistungsstandort ist. Ich verzichte ausdrücklich darauf, auf die Bankenkrise der vergangenen Jahre und die aktuelle europäische Wirtschaftskrise und deren schwere wirtschaftliche Folgen an dieser Stelle noch weiter einzugehen.

Die Abhängigkeiten von fossilen Rohstoffvorkommen werden auch mit der Energiewende bestehen bleiben, denn bekanntermaßen ist Baden-Württemberg im Bereich Windenergie regional ebenso eher weniger begünstigt. Der Zubau an Fotovoltaik in den vergangenen Jahren ist daher begrüßenswert – selbst wenn er zumeist im ländlichen Raum und daher weit von den Verbrauchszentren entfernt stattfindet und somit wiederum zusätzliche Stromnetzkapazitäten aufgebaut werden müssen. In diesem Fall im Verteilnetz, anders als bei der Anbindung von Offshore-Windanlagen im Übertragungsnetz.

Im Februar 2012 konnte man in Süddeutschland und in Baden-Württemberg nur unter großen Anstrengungen Versorgungsengpässe vermeiden. Auch der kommende Winter wird wiederum anspruchsvoll, weil konventionelle Kraftwerkskapazitäten fehlen, die die stark schwankenden Energiemengen aus den Erneuerbaren ausgleichen können.



Fachbereich 2
Ver- und Entsorgung

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirk
Baden-Württemberg

Daher gilt es, sich bereits heute auf die Energiezukunft vorzubereiten und dabei insbesondere auch den Aspekt Versorgungssicherheit nicht zu vernachlässigen.

Trotz der schwierigen Situation bin ich optimistisch, denn Baden-Württemberg verfügt über einen Energieversorger, der seit Ende des Jahres 2010 wiederum fast vollständig in öffentlicher Hand ist.

Neben dem Land Baden-Württemberg (46,55%) gehört die EnBW den kommunalen Oberschwäbischen Elektrizitätswerken, kurz OEW, (46, 55%) sowie weiteren kommunalen Verbänden wie dem NEV und anderen (4,2%). Damit verbleibt nur ein verschwindend geringer Anteil von tatsächlich nur 0,3% in privater Hand, der die Strategie des Unternehmens nicht wesentlich beeinflussen kann.

Auch wenn das Thema EnBW-Deal immer noch fast täglich die Medien und die Gemüter erhitzt, muss hier gesagt werden, dass das Unternehmen an sich zu den Betroffenen und nicht zu den damals Handelnden gehört. Die Kernenergie war ein deutlicher politischer Auftrag, der umgesetzt werden musste, und zwar noch zu Zeiten, in den die Unternehmen noch voll in kommunaler Hand waren. Nicht zuletzt wegen dieser Diskussion haftet der Marke derzeit ein Makel an, der den Blick auf die Chancen versperert.

Wie bereits ausgeführt: Die EnBW ist nahezu komplett in öffentlicher Hand – und da ist es doch eigentlich naheliegend, die EnBW als Partner der Kommunen und Stadtwerke im Land zu verstehen.

Warum nicht die Chance ergreifen, einen Partner mit erfahrener, leistungsstarker Belegschaft im Land Baden-Württemberg mit der Umsetzung der Energiewende zu betrauen, anstatt anderen, vermeintlich „kommunalen“ Partnern den Weg zu ebnen und somit Beschäftigung zu verlagern und - im schlimmsten Fall - Beschäftigung hier im Land und in Stuttgart abzubauen? Warum nicht die Kräfte, Ressourcen und Kompetenzen zum beiderseitigen Nutzen im Land bündeln, statt beispielsweise EnBW und Stadtwerke gegeneinander auszuspielen? Und nicht das unternehmerische Risiko in Kauf nehmen und letztlich somit die noch verbliebenen Mittel aus dem Verkauf der TWS unnötig aufs Spiel zu setzen.

Ein Bestandteil der Mobilisierung aller Kräfte und des Austauschs kann die Förderung des Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes und auch der Landeshauptstadt Stuttgart sein. Dieser Dialog muss sachlich, ideologiefrei und vor allem konstruktiv geführt werden mit dem Ziel, umsetzbare Lösungsmodelle zu finden. Bei der Energiewende sind Kompromisse aller Beteiligten gefragt, ganz gleich, ob es nun um die Errichtung von Windkraftanlagen, den Ausbau von Netzen oder Energiespeichern, Energieeffizienz oder Verbrauchsreduzierung geht. Daher ist ein zielorientierter, systematischer Dialog wünschenswert, der vom Gestalten und Ermöglichen lebt, nicht vom Verhindern. Die Energiewende darf nicht blockiert sondern muss befördert werden!



Fachbereich 2
Ver- und Entsorgung

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirk
Baden-Württemberg

Beim stetigen Zubau von Erneuerbaren muss vor allem die Systembeherrschbarkeit sichergestellt sein, auch um die Versorgungssituation in Baden-Württemberg und den Erhalt der prosperierenden Industrie- und Gewerblandschaft zu sichern.

Hierbei kann die Landesregierung in der Weise unterstützen, dass die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen gesamtheitlich gedacht und voran gebracht werden.

Hunderte kleine, regionale oder kommunale, singulär initiierte und ausschließlich lokal verfolgte Energiewenden stören das Vorzeigeprojekt Energiewende, auf das wir hoffentlich bald sehr stolz sein können. Dazu müssen wir aber jetzt und heute das sensible Gleichgewicht zwischen dem ambitionierten Ziel und der Realität nicht noch weiter ins Wanken bringen sondern stützen.

Vor der Energiewende war sicherlich die Rekommunalisierung ein Mittel, um im Bereich Energie Zeichen zu setzen. Mit den nun bestehenden Herausforderungen muss auf der anderen Seite eine Zusammenarbeit zwischen Stadtwerken, Verteil- und Übertragungsnetzbetreibern sichergestellt werden, um die Herkulesaufgabe Systemstabilität zu bewältigen. Auch ver.di kann hierbei unterstützen, denn unsere Mitglieder kommen aus großen wie kleinen Energieversorgungsunternehmen. Und wenn ich im Land unterwegs bin, dann höre ich zumeist nur positive Signale in Sachen künftiger Zusammenarbeit, von Städten und Gemeinden, aber auch Stadtwerken und deren Beschäftigten wie auch den Beschäftigten der EnBW. ?

Beispielsweise bestehen im Verteilnetzbereich heute schon zahlreiche Kooperationen, die auch die EnBW unterhält und ausbaut. Ebenso sind im Bereich Erneuerbare vielfältige Kooperationen denkbar, damit ressourcenschonend wichtige Transformationsprojekte wie der Windenergieausbau on- und auch offshore schnell voran gebracht werden können. Und auch bei der Stromnetzsteuerung und beim Stromnetzbetrieb, der durch die vermehrt dezentral entstehenden Erzeugungsanlagen, ganz gleich ob Biomasse, Blockheizkraftwerke oder Photovoltaik und Wind, immer anspruchsvoller wird.

Für die Landeshauptstadt Stuttgart wünsche ich mir ebenso ein konstruktives Herangehen. Die Vorbildfunktion der Landeshauptstadt muss vorgelebt werden.

Im Zuge der Ausgestaltung der Stadtwerke Stuttgart und der Auswahl möglicher Kooperationspartner für einzelne Geschäftsfelder darf den Bürgerinnen und Bürgern damit nur das versprochen werden, was auch zu halten ist.

Beispielsweise geht - bedingt durch die Regulierung und die sogenannten Unbundlingvorgaben - mit der Netzübernahme noch kein Kundenzugewinn einher. Der Netzbetrieb ist heute viel weniger rentierlich als früher, denn auch hier greift die Anreizregulierung stark ein.



Fachbereich 2
Ver- und Entsorgung

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirk
Baden-Württemberg

Wir bei ver.di haben den schmerzhaften Prozess der Anreizregulierung bereits bei der EnBW Regional AG begleitet – in der ersten Regulierungsperiode mussten dort fast 1000 Stellen sozialverträglich reduziert werden, um den Effizienzvorgaben der Regulierungsbehörden gerecht zu werden. Heute muss darüber hinaus stark ins Netz investiert werden, um eben die Versorgungssicherheit auch bei der Umkehrung in der Erzeugungssituation zu gewährleisten.

Das gelingt aller Erfahrung nach besser im Verbund als mit regionalen Einzellösungen, schließlich legt Energie künftig viel weitere Wege zurück, als bisher.

Und teuren Netzausbau muss wiederum der Verbraucher bezahlen, denn ähnlich wie über die EEG-Abgabe schlägt der Netzausbau bei den Netzentgelten zu Buche – also wiederum bei jedem Haushalt. Letztendlich ist die Netzsituation heute kaum noch vergleichbar mit der zu Zeiten der TWS: Heute ist Expertenwissen und Technologie gefragt, ebenso im Bereich Netzabrechnung und Regulierung. Auch die Zukunft verspricht hinsichtlich der zunehmenden Komplexität recht viel. Experten rechnen damit, dass die Innovationsrate im Stromnetz in den kommenden 10 Jahren höher sein wird als in den letzten 100.

Ebenso kommt mit einem zusätzlichen, städtischen Ökostromanbieter nicht automatisch (mehr) Grünstrom nach ganz Stuttgart, denn weiterhin darf und soll jeder einzelne Kunde seinen Anbieter aus weit über 100 verfügbaren frei wählen. Und auch der Ausbau und Anschluss von Erneuerbaren wird nicht durch das Netzeigentum erleichtert, denn genau hierfür sind EEG und EnWG bestimmende Gesetze.

Weiterhin taugt ein Fernwärmenetz nichts ohne Kraftwerke. Effiziente Blockheizkraftwerke können nicht beliebig wirtschaftlich errichtet werden und ins Fernwärmenetz einspeisen, denn da hat der Investor, Eigentümer oder Immobilienbesitzer kräftig mitzureden. Und über kurz oder lang wird es angesichts der lokalen Verhältnisse auf der Stuttgarter Gemarkung sicherlich keinen nennenswerten Zubau an Erneuerbaren geben (können), der den Stuttgarter Energiebedarf inklusive des Bedarfs der hier befindlichen Wirtschafts- und Gewerbebetriebe energieautark stillen wird.

Verlässt man die Gemarkung, steht dieses mögliche Ansinnen aber im direkten Wettbewerb mit anderen Städten und Gemeinden, falls diese ebenso Energieautarkiebestrebungen verfolgen. Also wieder die hundert lokalen Wendebestrebungen statt der einen großen Energiewende – die uns gelingen muss.

Ein solches Windhundrennen im „Musterländle“ kann nicht im Sinne von ver.di, unserer Mitglieder und des Landes Baden-Württemberg sein! Vielmehr muss eine solidarische, ausgleichende Energiepolitik und Energiewirtschaft verfolgt werden. Nachhaltigkeit muss mit nachhaltigen Bestrebungen und auch nachhaltigen Erfolgen verbunden sein.

37641



Die Kosten der Energiewende müssen für die Bürgerinnen und Bürger erschwinglich bleiben, die Wirtschaft muss auch in Zukunft erfolgreich wirtschaften können ohne energiepolitischen Kostenklotz am Bein.

Fachbereich 2
Ver- und Entsorgung

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirk
Baden-Württemberg

Es muss daher Auftrag unserer Landesregierung bleiben, das oberste Ziel - das Gelingen der Energiewende - mit den kompetenten Partnern im Land umzusetzen. Dazu gehört gerade mit ihrer Vorbildfunktion auch die Landeshauptstadt Stuttgart. Zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, zur Sicherung unserer Wirtschaftskraft und damit zur Sicherung des allgemeinen Wohlstands.

Ver.di steht dabei gerne im Wort – zur Unterstützung, zur Vermittlung und zur Förderung eines breiten, gesellschaftlichen und konsensfähigen Dialogs!
Nehmen Sie mich beim Wort – ich lade Sie hiermit herzlich dazu ein.



Mit freundlichen Grüßen


Bodo Moray

Anlagen



ver.di Landesfachbereich Ver- und Entsorgung


Rhein-Neckar

 Peter Erni 



 Angelo Bonelli


Stuttgart

 Alfred Luplow 






Fils-Neckar-Alb

 Eva Schmidt 



Mittelbaden-Nordschwarzw.

 Michaela Kräuter 



 Angelo Bonelli


Landesfachbereich Ba-Wü

 Bodo Moray 



 Stefan Hamm


Ostwürttemberg-Ulm

 Maria Winkler 






Heilbronn-Neckar-Franken

 Marianne Kugler-Wend 



 Michael Weiß


Schwarzwald-Bodensee

 Margrit Zepf 



Südbaden

 Gabi Fieback 



Oberschwaben

 Werner Herkert 



